

Entscheidung
des Beschwerdeausschusses 1
in der Beschwerdesache 0286/25/1-BA-V

Beschwerdeführung:

Beschwerdegegner:

Ergebnis: **Beschwerde unbegründet, Ziffern 1, 2, 3**

Datum des Beschlusses: **25.09.2025**

Mitwirkende Mitglieder:

A. Zusammenfassung des Sachverhalts

I. Ein Nachrichtenmagazin veröffentlicht am 14.03.2025 um 16:37 Uhr einen Beitrag, in welchem berichtet wird, Bayerns Landräte unterstützten eine rasche Umsetzung des schwarz-roten Finanzpakets – darunter auch 13 der Freien Wähler. Damit stellten diese sich gegen die eigene Parteispitze um Hubert Aiwanger.

Unter den Landräten habe es zuvor in einer gemeinsamen Ausschusssitzung eine Aussprache zur Positionierung des kommunalen Spitzenverbandes gegeben. Dabei hätten sich auch die Freien Wähler nach Angaben des Landkreistages explizit dafür ausgesprochen. Am Ende sei das Vorgehen einstimmig abgesegnet worden, habe eine Sprecherin des Präsidenten des Bayerischen Landkreistages auf Nachfrage einer Nachrichtenagentur gesagt.

Unter den 13 Landrätinnen und Landräten der Freien Wähler sei auch die Lebensgefährtin von Aiwanger, die Regensburger Landrätin Tanja Schweiger.

II. Der Beschwerdeführer trägt vor, im Artikel werde fälschlicherweise behauptet, dass auch 13 Landräte, die Mitglied der Freien Wähler sind, sich für das Schuldenpaket der möglichen neuen Bundesregierung und gegen den Kurs von Aiwanger ausgesprochen hätten.

Bereits vor Veröffentlichung des beschwerdegegenständlichen Artikels, der auf einer Nachrichtenagentur-Meldung beruhe, sei vom Landesverband der Freien Wähler Bayern

mittels Pressemitteilung (z. B. per Mail und auf X) auf den Fehler hingewiesen werden. Der Beschwerdeführer verlinkt auf die Pressemitteilung und den entsprechenden X-Post.

Besonders perfide: Im Artikel werde besonders auf die Landrätin Tanja Schweiger, die Lebenspartnerin von Herrn Aiwanger, hingewiesen und ebenfalls behauptet, sie hätte eine konträre Meinung. Unter dem Post des Beschwerdegegners auf X mit Link zum Artikel fänden sich zudem Kommentare, welche den Beschwerdegegner auf die Falschmeldung hinwiesen. Selbst das habe die Redaktion nicht zum Anlass genommen, den Artikel – nach mittlerweile fast einem Tag – richtigzustellen! Er bitte deshalb zu prüfen, ob der Artikel gegen die Ziffern 1 und 2 des Pressekodex verstößt.

III. Anmerkungen:

1. Das Beschwerdeverfahren wurde erweitert zugelassen um eine mögliche Verletzung von Ziffer 3 des Pressekodex.

2. Die im Beitrag genannte Nachrichtenagentur hat verschiedene Meldungen zu dem Thema veröffentlicht. Die Ursprungsmeldung wurde am 13.03.2025 um 15.33 Uhr veröffentlicht. Allerdings verweist die Nachrichtenagentur darauf, dass diese Meldung wegen Unstimmigkeiten mit der Darstellung der Freien Wähler am 14.03.2025, 15.26 Uhr berichtigt wurde, wobei die Wiedergabe der Darstellung der Freien Wähler bereits in einer Aktualisierung einer weiteren Meldung zu dem Thema, am 13.03.2025, 17.51 Uhr erstmals erfolgt sei.

IV. Für den Beschwerdegegner nimmt das Justitiariat Stellung.

Am 14.03. sei die Meldung „Landräte schalten sich in Debatte um Schuldenpläne ein – Bayerns Landkreistag fordert rasche Umsetzung des schwarz-roten Finanzpakets“ im Agentursystem der Redaktion erschienen. Um 15.38 Uhr habe man diese aufgeschrieben und an den Stellen, an denen die Nachrichtenagentur Zitate exklusiv von einer Sprecherin Karmasins hatte, gekennzeichnet.

Bei dieser handele es sich bereits um die korrigierte Meldung der Nachrichtenagentur, auf welche sich die Redaktion in der Erstmeldung bezogen habe. Die Meldung der Nachrichtenagentur vom 14. März sei nicht als „Korrektur“ bezeichnet worden mit der üblichen Aufforderung, vorangegangene Meldungen nunmehr zu berichtigen. Sie sei von der Agentur als eigenständige (neue) Meldung verbreitet worden. Die einzige Korrektur gegenüber der Ursprungsmeldung sei gewesen, dass die Nachrichtenagentur den Zusatz „auf [Nachrichtenagentur]-Nachfrage“ eingefügt habe. Es finde sich unterhalb des konkreten Textes lediglich folgender Hinweis:

„Berichtigung

Der [Agenturname]-Meldung mit der Kennung [...]: Die Freien Wähler haben der Darstellung widersprochen, dass sich die Landräte gegen den Kurs der Partei stellen. Überschrift und Teaser wurden entsprechend angepasst, im Leadsatz und im 4. Absatz Quellen ergänzt, zwei Zwischenüberschriften gestrichen. Der letzte Satz des 2. Absatz wurde als Schlussfolgerung in den Konjunktiv gestellt.“

Das möge für eine Redaktion, die die Ursprungsmeldung vom 13. März verbreitet habe, eine wertvolle Information sein. Für die Redaktion des Beschwerdegegners sei sie komplett irrelevant gewesen, diese habe die Meldung vom 13. März ja gar nicht verbreitet. Und hier sei nur mitgeteilt worden, dass spätere Erkenntnisse und Widersprüche explizit berücksichtigt worden seien, diese Meldung also jetzt frei von Fehlern gewesen sei. Davon habe der Beschwerdegegner also ausgehen können und müssen.

Beide Meldungen entsprächen den in der Beschwerde übermittelten Meldungen vom 13. März, 15:33 Uhr, und vom 14. März, 15.26 Uhr, wie sie in den Beschwerdeunterlagen zu finden seien.

Da sich der Beschwerdeführer über diese (bereits korrigierten) Meldung beschwere, gehe es nicht darum, dass die Redaktion eine Korrektur der Nachrichtenagentur unberücksichtigt gelassen habe. Es gehe vielmehr um Passagen aus der „berichtigten“ Meldung der Nachrichtenagentur vom 14. März.

Die Redaktion habe also den Präsidenten des Bayerischen Landkreistages Thomas Karmasin sauber zitiert. Dessen Aussagen revidierten auch die Freien Wähler in ihrer Richtigstellung nicht. Die betroffenen Landrät:innen kritisierten an der Berichterstattung lediglich, dass sie nicht wie in der Meldung angegeben, hinter den Aussagen Karmasins stünden. Hierzu beziehe man sich aber ausdrücklich auf eine Information der Nachrichtenagentur, was auch so im Text deutlich gemacht worden sei.

Unmittelbar nachdem die Redaktion Kenntnis von der Presseratsbeschwerde der Freien Wähler gehabt habe, habe sie die Meldung ergänzt.

Sofern der Beschwerdeführer anmerke, dass es unter Social-Media-Posts der Redaktion Kommentare gegeben habe, die darauf verwiesen hätten, greife dies nicht durch. Es würde die Anforderungen an die Sorgfalt weit übersteigen und wäre mit irgendwie angemessenem Aufwand nicht zu bewältigen, wenn von Medien verlangt würde, jeden einzelnen Post zu checken, der unter den in der Regel auch automatisiert ausgespielten Texten gepostet wird. Wenn es auffalle, werde reagiert, aber es könne keine aus der journalistischen Sorgfalt resultierende Verpflichtung geben, alle Kommentare und Posts bei Social-Media-Auftritten zu kontrollieren.

Nach alledem sei die Beschwerde als unbegründet zurückzuweisen.

V. Der Beschwerdeausschuss behandelt die Beschwerde in seiner Sitzung am 23.06.2025 nicht abschließend. Das Gremium bittet den Beschwerdegegner, seine Stellungnahme im Hinblick auf eine mögliche Verletzung der Ziffer 3 Pressekodex (Richtigstellung) und hier insbesondere, wann diese erfolgte, zu ergänzen.

VI. Für den Beschwerdegegner ergänzt der Justitiariat, man habe in der ersten Stellungnahme dazu bereits mitgeteilt:

„Unmittelbar nachdem wir Kenntnis von der Presseratsbeschwerde der Freien Wähler hatten, haben wir die Meldung ergänzt. Wir haben eine Anmerkung verfasst und die Stellungnahmen der FW-Landrät:innen, die sich von Kamsins Äußerung distanzieren, ergänzt.“ (Hervorhebungen durch Stellungnehmenden)

Die Beschwerde habe sie am 29.05.2025 erreicht, so dass dies auch der Tag gewesen sei, an dem die Anmerkung verfasst und publiziert worden sei.

B. Erwägungen des Beschwerdeausschusses

Die Beschwerde ist unbegründet. Die beschwerdegegenständliche Berichterstattung ist im Einklang mit dem Pressekodex.

Soweit der Beschwerdeführer vorträgt, im Artikel werde fälschlicherweise behauptet, dass sich auch 13 Freie Wähler-Landräte für das Schuldenpaket der möglichen neuen Bundesregierung und gegen den Kurs von Aiwanger ausgesprochen hätten, war zu beachten, dass sich die Redaktion insoweit auf das sog. Agenturprivileg und damit auf die inhaltliche Richtigkeit der ursprünglichen Agenturmeldung verlassen durfte.

Zwar erfolgte die Berichterstattung hier nach Veröffentlichung der ergänzten Agenturmeldungen, in denen die Stellungnahme der Freien Wähler-Landräte erwähnt wurde. Jedoch waren die nachfolgenden Meldungen der Nachrichtenagentur nicht als Korrektur der ersten Meldung gekennzeichnet. Die Redaktion durfte sich daher darauf verlassen, dass diese nach wie vor inhaltlich richtig war. Bereits aus diesem Grunde liegt kein Verstoß gegen die Wahrhaftigkeit nach Ziffer 1 bzw. die Sorgfalt nach Ziffer 2 des Pressekodex vor.

Aber auch inhaltlich ist kein Verstoß erkennbar. Es ist nicht bewiesen, dass die in der ersten Agenturmeldung und im beschwerdegegenständlichen Beitrag enthaltene Aussage, die 13 Freie Wähler-Landräte hätten sich in der Sitzung der Landräte für das Schuldenpaket der möglichen neuen Bundesregierung und gegen den Kurs von Aiwanger ausgesprochen, inhaltlich falsch ist. Vielmehr steht hier die Aussage des Präsidenten des Bayerischen Landkreistages, bei dem es sich hinsichtlich der Sitzungen des Landkreistages als zuständiges Organ um eine sog. privilegierte Quelle handelt, gegen die Aussage der FW-Landräte. Dass die Aussage falsch ist, ist damit nicht belegt.

Aus diesem Grunde besteht keine Pflicht zur Richtigstellung nach Ziffer 3 des Pressekodex. Der Wahrhaftigkeit und Sorgfalt hat die Redaktion Genüge getan, in dem sie den Beitrag um die entsprechende Stellungnahme der FW-Landräte ergänzte.

C. Ergebnis

Insgesamt liegt damit kein Verstoß gegen die publizistischen Grundsätze des Deutschen Presserats vor, so dass der Beschwerdeausschuss die Beschwerde für unbegründet erklärt.

Die Entscheidung ergeht einstimmig.

Ziffer 1 – Wahrhaftigkeit und Achtung der Menschenwürde

Die Achtung vor der Wahrheit, die Wahrung der Menschenwürde und die wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit sind oberste Gebote der Presse.

Jede in der Presse tätige Person wahrt auf dieser Grundlage das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Medien.

Ziffer 2 – Sorgfalt

Recherche ist unverzichtbares Instrument journalistischer Sorgfalt. Zur Veröffentlichung bestimmte Informationen in Wort, Bild und Grafik sind mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen und wahrheitsgetreu wiederzugeben. Ihr Sinn darf durch Bearbeitung, Überschrift oder Bildbeschriftung weder entstellt noch verfälscht werden. Unbestätigte Meldungen, Gerüchte und Vermutungen sind als solche erkennbar zu machen.

Symbolfotos müssen als solche kenntlich sein oder erkennbar gemacht werden.

Deutscher Presserat Postfach 12 10 30 10599 Berlin

Fon: 030/367007-0 Fax: 030/367007-20 E-Mail: info@presserat.de www.presserat.de



Ziffer 3 – Richtigstellung

Veröffentlichte Nachrichten oder Behauptungen, insbesondere personenbezogener Art, die sich nachträglich als falsch erweisen, hat das Publikationsorgan, das sie gebracht hat, unverzüglich von sich aus in angemessener Weise richtig zu stellen.

Den Pressekodex und die Beschwerdeordnung finden Sie auf unserer Homepage unter
<https://www.presserat.de/pressekodex.html> / <https://www.presserat.de/beschwerdeordnung.html>